

16. Landtag von Baden-Württemberg, 112. Sitzung
Mittwoch, 4. März 2020, 9:00 Uhr

Rede

Sprecher für Digitalisierungspolitik

Andreas Deuschle MdL

Zur

Digitalisierung der Landesverwaltung

Es gilt das gesprochene Wort.

Andreas Deuschle MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Stempel, Faxgerät und Personal Computer“: Über dieses Thema möchte die FDP/DVP im Rahmen der heutigen Aktuellen Debatte sprechen. Wir tun das auch.

Ich möchte meine Ausführungen allerdings nicht beginnen, ohne zunächst den fleißigen und motivierten Angestellten, den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, der Beamtenschaft in unserem Land einen Dank auszusprechen. Sie alle sind das Rückgrat unseres Staates und füllen ihn mit Leben.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: In einem sind wir uns, glaube ich, alle einig: Digitalisierung kann den Menschen nicht ersetzen. Auch eine leistungsfähige digitale Verwaltung braucht tatkräftige Männer und Frauen, und wir sind stolz, dass wir sie in Baden-Württemberg auch haben.

Jetzt kommt die FDP/DVP als Bedenkenträger. Sie hat Bedenken, ob unsere Verwaltung im Land das Rückgrat mitbringt, um modern, digital und smart daherkommen. Liebe FDP/DVP, die Bedenken können Sie haben. Das ist Ihr Job in der Opposition. Unser Job in dieser Koalition ist es, nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung zu beschwören, sondern hier auch etwas zu bewegen. Und das tun wir. Ich weiß, Ihnen geht das alles noch zu langsam, ist das alles noch zu wenig, zu schlecht. Wie könnte es auch anders sein?

Sehr geehrter Herr Dr. Rülke, es wäre gut, wenn Sie hier nicht nur Ihre Bedenken und Ihre Kritik, sondern auch ein Stück Realismus in die Debatte einbringen würden. Nach fast genau vier Jahren ist das Schema Ihrer Strategie hier im Landtag nämlich klar zu erkennen: Anstatt die Fortschritte anzuerkennen, reden Sie den Menschen im Land ermüdend ein: „Herr Strobl kann dies nicht, Herr Strobl kann das nicht, wählt bitte beim nächsten Mal wieder die FDP.“ Heute steht ausnahmsweise nicht der Innenminister, sondern der Digitalisierungsminister in Ihrer Kritik. Aus Ihrer Sicht sind wir da ja schon fast im Bereich der Kreativität angelangt.

Reden wir über Digitalisierung; das können wir machen. Wenn ich jetzt behaupte: „Wir in Baden-Württemberg stehen gut da“, glauben Sie mir das ohnehin nicht.

Ich greife jetzt auf den gleichen Trick zurück wie Sie: Ich zitiere nämlich eine Studie. So hat „eco – Verband der Internetwirtschaft“ im vergangenen Sommer Baden-Württemberg zum „Digital Hero“ gekürt.

Baden-Württemberg ist im Bundesländervergleich auf Platz 2 gelandet, was die Strategien für eine digitale Standortpolitik anbelangt, die, so der Verband, die Chancen der Digitalisierung für Kommunen und Städte optimal nutzt.

Für uns, die CDU, ist klar: Das A und O im Land ist der Breitbandausbau. Gerade wenn Sie nach dem Rückgrat der Digitalisierung der Verwaltung fragen, muss ich sagen: Den digitalen Wandel gibt es nicht ohne schnelles Internet. Wir, die CDU, haben vor der Landtagswahl versprochen, in dieser Legislaturperiode insgesamt eine halbe Milliarde Euro in die Hand zu nehmen.

Was haben wir gemacht? Wir haben schon im ersten Jahr, seit Thomas Strobl der dafür zuständige Minister ist, mehr Geld in den Breitbandausbau investiert als Grün-Rot in den ganzen vorangegangenen fünf Jahren zusammen:

113 Millionen € im Jahr 2016 statt 73 Millionen € zwischen 2011 und 2016. Herr Stoch, so ist es; ich weiß: Sie bekommen da immer Schnappatmung. Aber Zahlen lügen an dieser Stelle nicht.

Wir haben seither in jedem weiteren Jahr mehr als 100 Millionen € für den Ausbau der digitalen Infrastruktur ausgegeben, den größten, den es in diesem Land jemals gegeben hat.

Das Ergebnis lässt sich sehen. Wir haben 90 % der privaten Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Das sind 17 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2016. Und wir haben jetzt noch einmal nachgelegt und die eingeplante Rekordsumme für schnelles Internet bis zum Jahr 2021 auf die Rekordsumme von 1 Milliarde € verdoppelt. Das heißt, wir erfüllen unser Wahlversprechen nicht nur, wir haben es sogar übertroffen.

Die FDP/DVP hat für sich beschlossen, lieber nicht zu regieren als falsch zu regieren. Diesen Gegensatz gibt es bei uns in Baden-Württemberg nicht. Wir regieren, und das ist wichtig.

Es ist zwar erfreulich, wenn Homeoffice in der Landesverwaltung immer öfter praktiziert wird und auch praktiziert werden kann, und die Einführung der E-Akte wird den Trend zum mobilen Arbeiten sicherlich auch weiter verstärken. Aber klar ist: Das setzt voraus, dass die Beschäftigten beim mobilen Arbeiten nicht in ein Funkloch fallen, und dass in den Kommunen das Abstimmungsverhalten, wenn es um den Ausbau von Mobilfunkmasten geht, anders ausfällt als hier im Land, dürfte bekannt sein. Zumindest hat der Co-Vorsitzende der Grünen Jugend Deniz Gedik recht, wenn er fordert, dass man in seiner Partei beim Mobilfunkausbau die Scheuklappen von gestern ablegen sollte.

Ich darf für die CDU-Fraktion sagen: Wir sind technologieoffen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir nur mit Fortschritt und nicht mit Verboten oder mit ablehnenden Voten vor Ort den digitalen Wandel so gestalten, dass wir den Anschluss an die Weltspitze hier in Baden-Württemberg nicht verlieren.

Digitale Infrastruktur ist das eine, Cybersicherheit das andere. Zu Recht hat der eco-Verband im Bund/Länder-Vergleich den Ausbau der IT-Sicherheitsagentur in Baden-Württemberg hervorgehoben. Das ist die Anlaufstelle für den Mittelstand bei Cyberangriffen.

Ja, die IT-Sicherheit steht auch im Doppelhaushalt 2020/2021 für uns ganz oben auf der Agenda. 13 Millionen € zusätzlich investieren wir hier in die Cybersicherheits-Agentur, die alle Behörden im Land vernetzen wird, die mit Cybersicherheit zu tun haben. Denn wir wissen: Die Digitalisierung gelingt nur, wenn die Menschen der Technik vertrauen. Das tun die Menschen in Baden-Württemberg.

Laut dem Deutschland-Index der Digitalisierung 2019 macht Baden-Württemberg nicht nur bei der Transparenz der Verwaltung, sondern auch bei der E-Government-Nutzung große Fortschritte. Demnach ist in Baden-Württemberg der Anteil der Bürger, die Formulare online an die öffentliche Verwaltung übermitteln, so stark gestiegen wie in keinem anderen Bundesland. Auch der Anteil der Bürger, die elektronisch Kontakt mit Behörden haben, hat so stark zugenommen wie in den meisten anderen Bundesländern nicht.

In diesem Zusammenhang will ich nochmals auf die E-Akte als grundlegenden Baustein unserer Digitalisierungsstrategie im Land verweisen. Sie wird nicht nur die elektronische Zusammenarbeit innerhalb Baden-Württembergs verbessern, sondern auch den Kontakt zwischen den Bürgern und der Verwaltung des Landes weiter vereinfachen und modernisieren. Über 57 000 Arbeitsplätze in Polizei und Landesverwaltung werden dafür in den nächsten Jahren auf die neue landeseinheitliche E-Akte Baden-Württemberg umgestellt. Herr Dr. Rülke, Sie haben es angesprochen: Was Online-Anliegen-Management, elektronisches Bezahlen, Präsenz in den sozialen Netzwerken oder die Verschlüsselung des Datenverkehrs zwischen Bürger und Verwaltung angeht: Bei all diesen Zukunftsthemen stehen die Kommunen in unserem Land bereits jetzt besser da als der Bundesdurchschnitt.

Aber es stimmt: Bislang werden etwa im Schnitt pro Kommune nur 0,6 von fünf untersuchten Verwaltungsleistungen online angeboten. Da müssen wir besser werden, und da werden wir auch besser.

Wenn wir aber nach Rheinland-Pfalz schauen, Herr Gall, wo die FDP bekanntlich mit Rot und Grün regiert, dann sehen wir: Rheinland-Pfalz landet beim genannten Digitalpolitikvergleich der Bundesländer nicht nur abgeschlagen im Mittelfeld, dort stehen laut Deutschlandindex auch noch weniger Verwaltungsleistungen als bei uns digital zur Verfügung, was die Auffindbarkeit und die Bereitstellung von Formularen angeht.

Weil Sie das so mantrahaft vor sich hertragen: Ein eigenes Digitalisierungsministerium gibt es in Rheinland-Pfalz auch nicht. Es gibt dort nicht einmal eine wirkliche, mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete Anlaufstelle für Digitalisierung.

Es war Thomas Strobl, der den Bereich Digitalisierung in seinem Ressort erstmalig gebündelt hat. Entsprechend heißt bei uns nicht nur irgendeine Randabteilung so, sondern ein ganzes Ministerium.

Das Thema BITBW ist zugegebenermaßen kein Highlight. Ich will hier auch ganz deutlich sagen: Wir scheuen da kein Urteil und keinen kritischen Blick von außen. Wir haben deshalb ganz bewusst externen Sachverstand geholt. Ja, wo Verbesserungsbedarf besteht, da wird die Landesregierung auch nachbessern.

Deshalb, liebe Bedenkenträger der FDP/DVP, halten wir nicht nur, was Sie versprechen. Digital first, Bedenken second, machen, statt nörgeln, das ist unsere Devise. Daher vielen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, heute noch einmal über das Thema Digitalisierung nicht nur in Überschriften, sondern auch inhaltlich zu sprechen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.